

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Telegraphischer und Telefonischer:  
Erich Hilfenkamp, Berlin.  
Telegraphischer: Amt Berlin 4194-4195



Abteilung für Druck und Verbreitung:  
Berlin G 261, Tele-Amtmann-Platz 8  
Telegraphischer: Copalung

Die Befreiung erfolgt im Göttinger.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen  
vor dem Drucke, wenn nicht anders bestimmt. Göttinger für beide Teile 1932.

Berlin, den 2. August 1932.

Nationalkommunistische Haufen.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Vor den Kulissen: Der Reichskanzler ohne Parlamentsmehrheit, Herr von Papen, versichert Vertretern amerikanischer Zeitungen: Der Ausgang der Reichstagswahl interessiere ihn nicht sonderlich, um eine Koalition werde er sich nicht bemühen, er werde vielmehr mit einem "konstruktiven Programm" vor den Reichstag treten und hoffe, dass das Zentrum ihn nicht stürzen werde. Im übrigen spinnt er langfristige Pläne auf Verfassungsänderung, Abschaffung des Listenwahlsystems, Einführung eines Oberhauses. Ueber die Frage der dazu erforderlichen Mehrheit geht er mit souveräner Handbewegung hinweg.

Hinter den Kulissen: In Deutschland sehen die Dinge etwas anders aus, als sie die Amerikaner auf solchem Wege erfahren. Der Kuhhandel mit den Nationalsozialisten ist im Gang, sie sollen mit Preussen abgefunden werden, als Lohn für ihre Unterstützung des Kabinetts Papen wird ihnen mit der Lockung eines nationalsozialistischen Innenministers in Preussen gewinkt.

Ein nationalsozialistischer Innenminister in Preussen, als Chef der preussischen Polizei, hat uns gerade noch gefehlt. Es würde zu den wohlorganisierten Terrorakten in Ostpreussen ausgezeichnet stimmen, wenn ein nationalsozialistischer Innenminister in Preussen nach dem Muster des Herrn Röver in Oldenburg die Hitlersche Bürgerkriegstruppe, die SA., zur Hilfspolizei machen würde, um - - - Ruhe und Ordnung zu sichern!

Wie die Dinge mit solchen Formationen anfangen, das weiss man. Wie sie aufhören - davon könnte Herr von Schleicher interessante Dinge erzählen. Als seinerzeit die Reichswehr nach den Kustriner Vorfällen auf die Schwarze Reichswehr schoss, tauchte für die schwarzen Formationen das Wort "nationalkommunistische Haufen" auf. Dem Vernehmen nach war es Herr von Schleicher, der dies bezeichnende Wort geprägt hat. Nationalkommunistische Haufen: in dem Bestandteil "national" des Wortes liegt das Zugeständnis, dass man sie benutzt hat und mit ihnen verbunden war, in dem Wortbestandteil "kommunistisch" die Feststellung, dass man von ihnen nichts mehr wissen, sie beiseitewerfen und diffamieren wollte. Werden wir bald im Zusammenhang mit den Terrorakten in Ostpreussen das Wort von den "nationalkommunistischen Haufen" fröhliche Auferstehung feiern sehen?

Was in Ostpreussen ist, ist ganz klar: organisierter Terror gegen Linksparteien, Beamte und Juden, Putschismus verfassungsfeindlicher und antisemitischer Gesinnung. Ein wohlorganisiertes Unternehmen, das nicht nur in einer Stadt, sondern mindestens in einer ganzen Provinz verabredet worden ist, das auf Organisation und Verbindungen beruht.

Alle Beschönigungsversuche können diese Tatsache nicht verbergen. Sollten die Beschönigungsversuche fortgesetzt werden, so wird man feststellen müssen, dass gewisse Polizeistellen unter den neuen Machthabern in Preussen den Nationalsozialisten gegenüber nicht das nötige Mass von Unabhängigkeit besitzen, das zu ihrer Amtsführung nötig ist.

Die verfassungstreue Bevölkerung sieht diese Vorgänge mit überaus wachem

**Misstrauen.** Das erste Urteil, das vom Königsberger Schnellgericht gegen einen Beteiligten gefällt worden ist, gibt nicht das Vertrauen, daß wirklich hart und unerbittlich durchgegriffen wird. Es lautete auf sechs Monate Gefängnis, während der Staatsanwalt 1 Jahr Zuchthaus beantragt hatte. Ebenso wenig das Vertrauen fördernd ist eine von nationalsozialistischer Seite ausgegebene Nachricht, dass aufs neue der Ausnahmezustand verhängt werden solle, um - - - den kommunistischen Terror zu bekämpfen.

Es sind jetzt viele Mohrenwäscher am Werke, um die SA von diesen Taten weisszuwaschen. Man weiss, wie das gemacht wird, man weiss auch, wie nötigenfalls abgerückt wird. Man braucht nur an die Bombenleger in Schleswig-Holstein zu denken. Heute sind sie schon wieder amnestiert und von denen als Mitkämpfer beansprucht worden, die einst, als es brenzlich war, schleunigst von ihnen abzückten.

Dass die Terrorakte in Ostpreussen aus dem Geiste der nationalsozialistischen Hetzpropaganda geboren worden sind, dass sie von Nationalsozialisten aus den Reihen der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee ausgeführt worden sind, lässt sich nicht mehr verbergen. Die offiziellen Parteinstanzen der Nationalsozialistischen Partei beginnen jetzt ihre eigenen Leute fallen zu lassen und abzuschütteln. Bisher waren sie eine "Staatsnotwendigkeit", jetzt werden die, die erwischt worden sind, sehr bald "irregeleitete nationalkommunistische Haufen" heissen!

Aber die republikanische Bevölkerung Deutschlands hat schon vielzuviel solcher Manöver erlebt, um sich dadurch täuschen zu lassen! Sie lernt aus den Vorgängen in Ostpreussen, dass die Bürgerkriegsarmee Hitlers eine stete und gefährliche Bedrohung des inneren Friedens und des Lebens der Staatsbürger republikanischer Gesinnung ist!

-----

SPD. Breslau, 2. August (Eig. Drahtb.)

Die Grenzstadt Militsch in Schlesien stand am Montag Abend unter nationalsozialistischem Terror. Eine Horde ortsfremder Nazis, die unter der Führung einiger Militscher Hakenkreuzler standen, riegelten die Arbeiterviertel der Stadt ab, belagerten einzelne Häuser, in denen Sozialdemokraten wohnten und fragten die Passanten nach ihrer politischen Gesinnung. Einzelne SA-Leute äusserten: "Wenn wir jemanden von dem roten Mordgesindel finden, machen wir ihn kalt"! Erst um Mitternacht zogen die nationalsozialistischen Wegelagerer wieder ab.

-----

SPD. In Königsberg haben nationalsozialistische Haufen im Morgengrauen friedliche Bürger in ihren Wohnungen überfallen, niedergeschossen und getötet. Das ist der Tatbestand, der weder durch freche Erklärungen noch durch Dementis aus der Welt zu schaffen ist. Dennoch versucht die Nazi-Presse ihre Hände, die ihrer Führer und die ihrer an den Banditenstreichen beteiligten Mitglieder in Unschuld zu waschen. Es genügt gegenüber diesem dreisten Ablehnungsversuch darauf hinzuweisen, dass auf Grund des Tatbestandes selbst die mindestens fünfundsiebzigprozentige nationalsozialistische "Berliner Börsenzeitung" nicht mehr daran zweifelt, "dass gewisse zügellose Elemente aus der nationalsozialistischen Bewegung ihre Hände im Spiele" haben. Das Blatt fordert deshalb, dass die nationalsozialistische Partei "rücksichtslos und brutal gegen derartige Elemente auftritt". Eine Forderung, die wahrscheinlich niemals oder wenn, dann nur zum Schein in Erfüllung gehen wird. Schliesslich haben die "zügellosen Elemente" nur getan, was ihnen eine "zügellose Führung" jahrelang vor-  
gepredigt hat.

-----

SPD. Weimar, 2. August (Eig. Drahtb.)

Die faschistische Sonneberger Rathausmehrheit hat beschlossen, auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne zu hissen. Dieser Beschluss wurde vom Stadtvorstand ausgeführt. Später kam es wegen dieser Provokation in einer Gastwirtschaft zwischen den Gästen zu Streitigkeiten. Ein Polizeibeamter ging gegen die Streitenden mit der Schusswaffe vor. Ein Mann und eine Frau wurden erschossen. Der Gastwirt erhielt einen Armschuss.

-----

SPD. Dessau, 2. August (Eig. Drahtb.)

Im Lande Anhalt befindet sich die Sozialdemokratische Partei wieder beträchtlich im Vormarsch. Den tiefsten Stand ihrer Wählerstimmen hatte die Sozialdemokratische Partei Anhalts bei den letzten Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 25. Oktober 1931 mit rund 67 000 Stimmen. Schon bei der Landtagswahl vom 24. April gewann die SPD in Anhalt 8 000 Stimmen und stieg auf 75 120. In dem seit den Landtagswahlen verstrichenen Vierteljahr hat die Sozialdemokratie weitere 4000 Stimmen aufgeholt, sie erhielt bei der Reichstagswahl 79 597. Da auch die Kommunisten in Anhalt rund 4 000 Stimmen gewonnen haben, ist die Rechtsmehrheit der jetzt in Anhalt regierenden Koalition von Nationalsozialisten und Deutschnationalen bereits wieder flöten gegangen!

Die Landtagswahl vom 24. April ergab 20 Abgeordnete der Rechten und 16 der Linksoption. Rechnet man das Ergebnis der Reichstagswahl in Anhalt auf den Landtag um, so ergibt sich ein Mandatsverhältnis von 18 Sitzen der Rechten gegen 18 Sitze der Linken. Die S.P.D. hat es in Anhalt in der Hand, jederzeit ein Volksbegehren und einen Volksentscheid zur Auflösung des Landtags einzuleiten, die Gesetzesbestimmungen sind günstiger als in anderen Ländern und im Reich, aber die Sozialdemokratie bestimmt selbstverständlich selbst, wann sie der Rechtsregierung den Garaus macht. Einstweilen trägt jede neue Handlung dieser Nazi-Regierung dazu bei, die Chancen eines solchen Volksbegehrens zu verbessern. In der bürgerlichen Presse Anhalts, die allgemein die Umrechnung des Reichstagswahlergebnisses auf den Landtag vornimmt, herrscht über die rasche Zerstörung der Rechtsmehrheit begreifliches Entsetzen.

-----

SPD. Die Nazifraktion des Preussischen Landtags fordert in einem Antrag die frist- und pensionslose Entlassung des neuen Kasseler Polizeipräsidenten Mergenthaler.

Mergenthaler ist der Nachfolger des von Papen und Bracht für abgeklärten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Hohenstein. Er ist ein den Deutschnationalen nahestehender Beamter, der bei seiner Einsetzung durch den Reichskommissar von der Nazipresse stürmisch begrüßt wurde. Jetzt soll er bereits wieder verschwinden? Warum? Wenige Tage nach seinem Amtsantritt musste Mergenthaler einige Kasseler Naziführer verhaften lassen, weil sie des Diebstahls von Polizeiwaffen und Munition überführt sind. Der Naziführer Kube, der damals zufällig in Kassel weilte, versuchte daraufhin telefonisch den neuen Polizeipräsidenten durch Drohungen einzuschüchtern. Er hoffte auf diese Weise die Freilassung der Waffendiebe zu erreichen. Der Erpressungsversuch schlug fehl. Jetzt versucht sich Kube zu rächen. Er hat im Landtag einen Antrag auf frist- und pensionslose Entlassung des Polizeipräsidenten Mergenthaler eingebracht.

Das "Dritte Reich" und seine Repräsentanten kennen und wollen eben nur Kreaturen!

-----

SPD. Am Dienstag-Nachmittag trat der Reichsrat zu seiner ersten Voll-sitzung nach der Aktion der Papen-Regierung gegen die verfassungsmässige preussische Regierung zusammen. Der Sitzung gingen Besprechungen voraus, die von der Papen-Regierung gewünscht worden waren, weil die Reichsratsbevollmächtigten der Regierung Braun entschlossen waren an den Verhandlungen des Reichsrats teilzunehmen. Man verständigte sich in diesen Besprechungen dahin, dass die von dem Reichskommissar zu preussischen Reichsratsbevollmächtigten bestimmten Personen nicht an den Sitzungen teilnehmen. Unter dieser Voraussetzung verzichteten auch die Reichsratsbevollmächtigten der Regierung Braun auf ihr Erscheinen, sodass die Sitzung stattfinden konnte. Mit dem Uebereinkommen hat die Papen-Regierung entgegen der bisher von ihr vertretenen Auffassung zugegeben, dass die Entsendung von Bevollmächtigten zum Reichsrat durch einen Reichskommissar eine offene Rechtsfrage ist.

In der Reichsratssitzung folgte dann zunächst Rechtsverwahrung auf Rechtsverwahrung der Länderregierungen. Bayern liess erklären, dass der Reichsrat nach der Verfassung dazu bestimmt ist, die Rechte der Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs auszuüben: "Die Reichsregierung steht ihm dabei als Organ des Reichs gegenüber. Mit diesem Verhältnis zwischen Reichsrat und Reichsregierung ist es nicht vereinbar, dass Reichsratsbevollmächtigte eines Landes von der Reichsregierung ernannt und mit Weisungen versehen werden. Die bayerische Regierung, die sich ebenso wie andere Länderregierungen gegen die Einsetzung von Reichskommissaren anstelle von Landesregierungen ausgesprochen und hiergegen einen Antrag an den Staatsgerichtshof gestellt hat, ist der Anschauung, dass die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrats der Reichsverfassung nicht entspricht und dass daher der Reichsrat nicht in der Lage ist, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Vertagungsantrag sieht Bayern nur ab, weil es für einen solchen Antrag keine Mehrheit erwartet. Bayern behält sich aber ausdrücklich alle weiteren Schritte vor und ist nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Arbeiten des Reichsrats zu beteiligen."

Der Vertreter Württembergs wies ebenfalls auf die starken Bedenken hin, die bei der württembergischen Regierung namentlich wegen der Verfassungsmässigkeit der Instruktion der preussischen Bevollmächtigten durch die Reichsregierung vorwalteten. Nur unter Vorbehalt seines rechtlichen Standpunktes sei Württemberg zur Mitarbeit im Reichsrat bereit, müsse aber dem Wunsche Ausdruck geben, dass während des Schwebezustandes bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrat zur Beratung gebracht würden.

Der badische Vertreter erklärte, die badische Regierung habe in ihrer beim Staatsgerichtshof erhobenen Klage zum Ausdruck gebracht, dass die Auffassung die Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht befugt sei, das Recht zur Instruktion vor Reichsratsbevollmächtigten, das sich aus Artikel 68 der Reichsverfassung ergebe, auf einen für ein Land bestellten Reichskommissar zu übertragen oder Länderregierungen das Recht zur Instruktion zu entziehen. Die badische Regierung halte an diesem Standpunkt fest und schliesse sich deshalb der Vorbehaltserklärung an.

Die gleiche Vorbehaltserklärung ausserten die Vertreter der Länder Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Lippe und Schaumburg-Lippe. Im Namen der preussischen Provinzen Grenzmark-Posen-Westpreussen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz gab der Vertreter der Rheinprovinz Dr. Hamacher schliesslich folgende Erklärung ab:

"Die Zusammensetzung des Reichsrats kann nach unserer Auffassung nicht durch Akte eines Reichskommissars verändert werden. Wir legen daher Verwahrung dagegen ein, dass eine solche Veränderung versucht worden ist, dass in Ausschüssen des Reichsrats Vertreter für Preussen aufgetreten sind, die nicht im Namen der preussischen Minister gehandelt haben, und dass preussische Staatsminister und ihre Bevollmächtigten an der Teilnahme an den Reichsrats-

Verhandlungen verhindert worden sind. Angesichts der Tatsache, dass in der heutigen Plenarsitzung der Stuhl der preussischen Staatsregierung unbesetzt ist, sehen wir von der Stellung eines Antrages auf Vertagung dieser Voll-sitzung ab. Dieser Umstand zeigt aber sinnfällig, dass die Frage, wer die preussische Staatsregierung zurzeit im Reichsrat vertreten darf, noch nicht entschieden ist, sondern noch der Entscheidung bedarf. Unsere Teilnahme an der heutigen Beratung und an der Beschlussfassung über die sachlich nicht umstrittenen Punkte kann daher nur mit der Einschränkung erfolgen, dass die Nach-prüfung der Rechtmässigkeit der heutigen Plenarsitzung, in der die Regierung des grössten Landes nicht vertreten ist, vorbehalten bleibt."

Die Reichsregierung nahm alle Rechtsverwahrungen ohne ein Wort des Wider-spruchs hin. Ein Zeichen ihres unreinen Gewissens. Wahrscheinlich hat sie sich inzwischen davon überzeugt, dass ihr Versuch auf den Reichsrat durch die Instruktion der preussischen Stimmen Einfluss zu nehmen, rechtswidrig ist. Die gleiche Rechtswidrigkeit liegt u.E. bei der Amtsenthebung der preus-sischen Staatsregierung vor.

-----

SPD. Bochum, 2. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum 2. August versammelten sich wieder 600 uniformierte Natio-nalsozialisten in der Halle einer stillgelegten Fabrik. Sie wurden von der Schutzpolizei scharf überwacht. Am Morgen durften sie einzeln das Gelände ver-lassen. Auch in Wanne-Eickel versammelten sich in einem Hofraum 700 Nazis, die von der Schutzpolizei erfolglos nach Waffen durchsucht wurden. 170 Personen wurden zwangsgestellt.

Am Dienstag hat die Polizei gegen weitere nächtliche Zusammenkünfte der Nazis eine dringende Warnung erlassen. Sie werde in Zukunft gegen derartige Ansammlungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Polnische Gesandte suchte am Dienstag-Nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen auf, um unter Uebergabe einer Sachdarstellung über den Flaggenzwischenfall vom 31. Juli wegen des Verhaltens des Deutschen Geschäftsträgers in Warschau Vorstellungen zu erheben. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem Gesandten erklärt, dass er eine Beschwerde über das Verhalten des Geschäftsträgers zurückweisen müsse; die Angelegenheit sei auf Grund der Meldungen des Geschäftsträgers bereits geprüft worden. Sein Vorgehen sei nach der völkerrechtlichen Übung völlig berechtigt on.

-----

SPD. Marienburg, 2. August (Eig. Drahtb.)

Die Reihe der Attentate und Terrorakte gegen führende Republikaner und Sozialdemokraten nimmt munter ihren Fortgang. Ueberall sind es die gleichen Methoden und Pläne nach denen die Ueberfälle und Anschläge ausgeführt werden. Am frühen Dienstag-Morgen war nach Königsberg das ostpreussische Marien-burg an der Reihe. Gegen 1 Uhr wurden gegen das Haus eines dortigen Gastwirtes Revolverschüsse abgefeuert. Als der Wirt die Türe öffnete, drangen die Schützen in das Haus und zwangen ihn mit vorgehaltenen Revolvern, das Ueber-fallkommando anzurufen und zu melden, es möge sofort nach Tessendorf fahren. Auf diese Weise wurde die Polizei aus Marienburg in einen Vorort gelockt. In der Zwischenzeit erfolgten Attentate gegen drei bekannte Republikaner.

Der erste Anschlag galt dem Polizeiinspektor Riedel, dem Vertrauensmann des von Papen - Bracht vor einigen Tagen abgesetzten Elbinger Polizeipräsi-

dentem und Sozialdemokraten Frinzel. Salzsäurebomben wurden gegen Riedels Wohnung geschleudert; ausserdem wurde eine Eisenstange auf den Balkon geworfen. Als sich Riedel trotzdem nicht am Fenster zeigte, schossen die Attentäter in die Balkontüre. Der zweite Anschlag erfolgte auf die Wohnung des der Zentrumspartei angehörenden Stadtbaurats Mollenhauer. Die Attentäter schlugen die Fensterscheiben ein und warfen zwei Flaschen mit Salzsäure in die Zimmer. Das dritte Opfer sollte der Vorsitzende des ADGB sein, der sozialdemokratische Stadtverordnete Rahn. Rahn wurde aus dem Bett geklopft und auf gefordert, auf die Strasse zu kommen. Gewarnt durch die Vorgänge in Königsberg blieb Rahn in seiner Wohnung. Nach vergeblichem Trommeln und Schlagen gegen die Fenster zogen die Mordbanditen ab.

Glücklicherweise sind auch die Anschläge gegen das Leben von Riedel und Mollenhauer missglückt. Die Schüsse und Salzsäurebomben haben niemand getroffen.

-----  
SPD. Wien, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Nationalrat lehnte am Dienstag das Misstrauensvotum gegen die Regierung Dollfuss mit 81 gegen 81 Stimmen ab. Gegen den Antrag stimmten 70 Sozialdemokraten, 9 Grossdeutsche und zwei Abgeordnete des faschistischen Heimatblocks.

-----  
SPD. Bei der Reichstagswahl 1932 hat das Reichsministerium des Innern erstmalig die Bordwahl und die Abstimmung im Reiseverkehr eingerichtet. Auf den grossen Seeschiffen konnte abgestimmt werden, wenn mindestens 50 Wähler mit Stimmscheinen an Bord waren. Auf den Uebergangsbahnhöfen war Gelegenheit geboten, mit Stimmschein auch ausserhalb der allgemeinen Abstimmungszeit zu wählen.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben sich die Neueinrichtungen durchaus bewährt. So sind abgegeben worden auf dem Hauptbahnhof in Hamburg 1 184 Stimmen, in Frankfurt a/M. 1 291, auf den Berliner Bahnhöfen 3 228, in München 5 159 Stimmen. Insgesamt war auf 47 Bahnhöfen Abstimmungsmöglichkeit geboten. An der Bordwahl waren u.a. beteiligt von der Hamburg-Amerika-Linie die Schiffe "Deutschland", "Resolute", "Tacoma", "Oceana", "Magdalena" und "General Artigas", vom Norddeutschen Lloyd die "Lützow", von der Woermann und Deutsch-Ostafrika-Linie die "Wangoni", von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft die "Monte Rosa", von der Reederei Griebel-Stettin die "Rügen", von der Reederei Bräunlich-Stettin die "Hertha".

Mittels der Bordwahl wurden bisher 2 297 Stimmen erfasst, davon 2 269 gültige. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 374, die Nationalsozialisten 970, die Kommunisten 204, das Zentrum 150, die Deutsche nationale Volkspartei 352, die Deutsche Volkspartei 106, die Staatspartei 101 und 12 Stimmen auf die übrigen Parteien.

Im bayerischen Hochgebirge waren im Schneefernerhaus auf der Zugspitze und im Watzmannhaus Wahllokale eingerichtet. Auf der Zugspitze wurden 729, auf dem Watzmann 158 Stimmen abgegeben.

-----  
SPD. Mannheim, 2. August (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Zweibrücken wurde ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Vater von 10 Kindern, von Nationalsozialisten mit Pflastersteinen schwer verletzt. Auf dem Wege zum Krankenhaus starb er.

-----



SPD. Köln, 2. August (Eig. Drahtb.)

In Quadrath bei Köln begingen Nazis schwere Ausschreitungen. Insgesamt gaben sie auf Kommunisten 40 Schüsse ab. Die Kölner Polizei nahm 15 Nazis fest. Sie fand 6 geladene Revolver schweren Kalibers mit Munition, eine Schreckschusspistole und ein feststehendes Messer.

In Bielstein stellten in zehnfacher Uebermacht befindliche Hakenkreuzler eine republikanische Klebekolonne. Dann zogen sie ihre Pistolen und raubten den Ueberfallenen alles, was sie in den Taschen hatten. Bei einem späteren Zusammenstoß in Bielstein, herbeigeführt durch 70 Nazis aus Waldbröl, wurde der Sohn des ehemaligen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Vorst schwer verletzt. 10 bis 15 Mann schlugen auf den wehrlos am Boden Liegenden ein.

In Weiershagen drang SA gewaltsam in die Häuser ein, verfolgte friedliche Passanten und bedrohte sie. In Engelskirchen beantworteten einige Kommunisten die Heilrufe einer Autokolonne der Nazis mit Rot Front-Rufen. Dafür wurden sie in viehischer Weise zu Boden geschlagen und blutig zugerichtet. An einem Hause wurden sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen. In dem Haus selbst hausten die Nazis wie Räuber. Auch in einem zweiten Hause wurden die Fensterscheiben eingeschlagen.

In Beuel bei Bonn wurde durch den Briefkasten ein Sprengkörper in die Wohnung eines Sozialdemokraten geworden, der zum Glück wenig Schaden anrichtete. Die Wohnung einer jüdischen Familie wurde beschossen.

-----

SPD. Mannheim, 2. August (Eig. Drahtb.)

Die pfälzischen Nationalsozialisten hatten in der Umgegend von Ludwigshafen SA und SS zusammengezogen, sodass erhebliche Beunruhigung unter der Bevölkerung entstand. Jetzt hat die Polizei in Freinsheim in der Nähe von Oppau 200 Nationalsozialisten verhaftet. In ihrem Besitz befanden sich zahlreiche Waffen und Totschläger. Später wurden auch in Ludwigshafen Haussuchungen vorgenommen und die Führer der SA, der SS und des Motorsturmes festgenommen. Die Nationalsozialisten gaben an, sich zum Schutze ihrer Parteiangehörigen versammelt zu haben. Die Verhafteten werden sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

-----

SPD. Frankfurt/M., 2. August (Eig. Dr.)

In Frankfurt gab ein Nazi einer älteren Frau, weil sie die Freiheitspfeile der Eisernen Front trug von hinten mehrere kräftige Schläge auf den Kopf. Die Frau stürzte zu Boden. Jetzt eilten fünf SA-Leute "zur Hilfe". Sie schlugen und traten auf die wehrlos am Boden liegende Frau ein.

Ein junger Nationalsozialist beschimpfte hier einen weisshaarigen ehemaligen Kriegsteilnehmer, Mitglied der Eisernen Front, als "Drecksack", schlug ihn mit einem metallbeschlagenen Schulterriemen und brachte ihm Wunden an Augen, Ohren und der Schläfe bei.

-----

SPD. Weimar, 2. August (Eig. Drahtb.)

In Weimar ist das Gerücht verbreitet, dass für die neu zu bildende Regierung Hauptmann Goering als thüringischer Minister des Inneren in Frage kommt. Der bisherige Finanzminister Baum soll für die Finanzen und der deutsche nationale Abgeordnete Dr. Herfurth als Volksbildungsminister ausersehen sein.

-----

SPD. Frankfurt/M., 2. August (Eig. Dr.)

In Kelberg, Regierungsbezirk Koblenz, haben drei SA-Leute auf Befehl ihres Sturmführers aus Rache für eine angebliche Anrempelung ihres Führers mehrere junge Leute, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, mit Knüppeln niedergeschlagen und durch Messerstiche schwer verletzt. Einer der Messerstecher, der vor einem Vierteljahr durch die kommunistisch-nationalsozialistische Amnestie begnadigte Bombenattentäter Munch, stach einen 17jährigen Deutschnationalen nieder und verletzte ihn lebensgefährlich.

-----

SPD. Breslau, 2. August (Eig. Drahtb.)

In Böhlitz bei Bankwitz Kreis Namslau versuchte am Dienstag vormittag eine Horde von SA-Leuten einen Ortsgruppenführer des Reichsbanners, den Dorfschullehrer Franke, in seiner Wohnung zu überfallen. Frank konnte sich rechtzeitig durch die Flucht retten. Die Hakenkreuzler schossen darauf hinter ihm her.

-----

SPD. Braunschweig, 2. August (Eig. Dr.)

Die Braunschweiger SA und SA-Führer sind an Klagges mit der Forderung herangetreten, "die Hilfe zuverlässiger und ausgesuchter Sturmabteilungsführer zur Aufhebung der Rechtsunsicherheit des Landes Braunschweig anzunehmen."

Die Rechtsunsicherheit in Braunschweig haben die Nazis plötzlich, nachdem ein Standartenführer bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten getötet wurde verspürt. Dennoch stehen vier von den Nazis ermordete Braunschweiger Arbeiter gegen einen in der Notwehr erschossenen SA-Mann.

Klagges hat sich die Entscheidung über das Angebot bis zur Klärung des Falles der Oldenburger Hilfspolizei vorbehalten.

-----

SPD. Marburg, 2. August (Eig. Drahtb.)

Auf die Siedlung Knutzbach bei Marburg verübten Nationalsozialisten einen organisierten Ueberfall. Auf 40 Motorrädern und fünf Autos kamen sie herbei. Es gab drei Verletzte, darunter einer schwer. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

-----

SPD. Königsberg, 2. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schnellgericht hatten sich am Dienstag Nationalsozialisten zu verantworten. Das Gericht behandelte alle mit auffallender Milde.

Ein 25jähriger Student Rent, der beschuldigt ist, an einem Waffendiebstahl in einer Waffenhandlung beteiligt gewesen zu sein, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt. Das Gericht schloss sich diesem Antrage jedoch nicht an, weil der Angeklagte noch sehr jung und unbestraft sei.

Zwei Mitglieder der NSDAP, die sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten hatten, wurden zu 5 Tagen bzw. 2 Wochen 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Ihnen wurde zugleich bei Zahlung einer Geldbusse von 20.- Mark bzw. 50 Mark Strafaussetzung auf drei Jahre zugebilligt. Die Rowdies wurden am Montag-Nachmittag von der Polizei festgenommen, als sie gegen Andersdenkende mit einem geladenen Revolver und Gummiknüppel vorgingen. Angeblich haben sie sich bedroht gefühlt.

-----



SPD. Rostock, 2. August (Eig. Drahtb.)

Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin Paul Schröder hat sich am Dienstag-Vormittag in seiner Wohnung erschossen. Schröder litt seit Jahren an einer unheilbaren Zuckerkrankheit. Unter dem Eindruck dieser Krankheit griff er am Dienstag zum Revolver.

-----

SPD. Braunschweig, 2. August (Eig. Dr.)

Die Polizei hat festgestellt, dass durch die Sprengstoffanschläge der Nazis in der Stadt Braunschweig, die am Montag von einem fahrenden Auto aus begangen wurden, 50 Fenster, mehrere Schaufenster und Türen zertrümmert worden sind. Auf das Bootshaus des Reichsbanners sind drei Sprengkörper geworfen, auf das Haus des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Böhme wurde innerhalb kurzer Zeit schon zweimal ein Anschlag verübt. Bisher ist einer der Täter festgenommen worden.

-----

SPD. Köln, 2. August (Eig. Drahtb.)

Wegen unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren wurde der SA-Führer August Wolfshohl in Köln-Mühlheim vom Schöffengericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung gegen den Lumpen ging unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich.

-----

(Schluss des politischen Teils, - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

E D A R F

## Der innere Schweinehund.

SPD. Reichswehrminister von Schleicher hat in seiner Rundfunkrede die militärähnlichen Verbände gepriesen und nicht mit Unrecht haben die Nationalsozialisten angenommen, dass die Lobpreisung für sie bestimmt sei. Im Mittelpunkt des Lobes standen die Worte:

"Menschen, die dafür kein Verständnis haben, kennen nicht das Hochgefühl von jungen Burschen, die ihrem Körper etwas ausserordentliches abgewonnen und das erstemal ihren inneren Schweinehund ganz besiegt haben."

Auf dies Lob quittiert die nationalsozialistische "National-Zeitung" in Essen mit folgender Interpretation:

"Herr von Schleicher, der verantwortliche derzeitige Reichswehrminister bekundet damit, dass er die SA als eine staatspolitische Notwendigkeit und nicht als eine Privatarmee ansieht."

Das Lob und die Interpretation verdienen beide eine Beleuchtung. Die "Besieger des inneren Schweinehunds", die "Leute aus der staatspolitischen Notwendigkeit", haben sich in den letzten Tagen vorgestellt: in Königsberg, in Schleswig-Holstein, in Braunschweig, in Schlesien. Sie haben gezeigt, dass sie den inneren Schweinehund besiegt haben. Alle Hemmungen, teils sittlicher Art, teils Furcht, die sie hätten abhalten können, terroristische Akte zu begehen, sind von ihnen glücklich überwunden worden. Die Gefühlsduselei der Humanität wird sie künftig nicht mehr beschweren.

Unter solchen Umständen müssen wir ein Wort für den inneren Schweinehund einlegen auf die Gefahr hin, von den nationalen Leuten als die geborenen Feiglinge, als schlappe Gesellen und verweichlichte Gefühlsdusler beschimpft zu werden. Wir halten es nicht für die ideale Erziehung junger Leute, wenn ihnen beigebracht wird, dass sie sich mit Begeisterung hundertmal hintereinander auf das Kommando Hinlegen - auf in den Dreck zu werfen und sich dabei das Denken abzugewöhnen haben. Wir halten es für nochweniger ideal, wenn ihnen in der staatspolitischen Notwendigkeit der SA eingetrichtert wird, dass die Waffe das höchste auf Erden ist und das Menschenleben ein Dreck. Wir sind Gefühlsdusler der Humanität und wir bekennen uns um so lauter dazu, je höher die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs ansteigt.

Was die Jugend braucht, ist nicht Ueberwindung, sondern Stärkung innerer Hemmungen, denn die Jugend aus der "staatspolitischen Notwendigkeit" SA zeigt einen bedenklichen Mangel an sittlicher Hemmung!

## Nazis und Gemeindefizit.

Warum immer gleich im Reichsmaßstab denken, wenn man die nationalsozialistischen Versprechungen an ihren Taten prüfen will. Im kleinsten Raum werden die Dinge am deutlichsten. Wer die Nazis an der Arbeit sehen will, muss sie in den kleinen Gemeinden aufsuchen.

Eine kleine Gemeinde im Rheinland beriet ihren Haushaltsplan. Es wurde hin- und hergerechnet, aber es blieb ein Fehlbetrag von 28 000 Mark. Also beschloss die bürgerliche Mehrheit unter Führung der Nazis zu sparen und gleich beim Gemeinderat zu beginnen. Jedes Gemeinderatsmitglied erhält für Ausschusssitzungen 1 Mark Entschädigung, für Gemeinderatssitzungen 2 Mark. Macht im Jahr pro Gemeinderatsmitglied so ungefähr 10 bis 12 Mark. Hier setzte die Sparaktion der Nationalsozialisten ein. Auf ihren Antrag beschloss eine bürgerliche Mehrheit: beamtete Gemeindevertreter erhalten keine Entschädigung.

Wieviel hat die Sparaktion eingebracht? Im Gemeinderat dieser Gemeinde sitzt ein Beamter, also ist das Defizit von 28 000 Mark auf 27 990 Mark herabgesetzt worden. Ob dieser Aktion waren die Nationalsozialisten sehr befriedigt. Am Schluss der Gemeinderatssitzung gingen die Herren Bürgerlichen erhobenen Hauptes nach Hause. Jeder von ihnen erhielt seine 2 Mark Sitzungsgeld ausgezahlt: ein Bauunternehmer, 2 Landwirte, ein Prokurist, ein Direktor, 2 Fabrikanten, ein Tierarzt. Der Beamte erhielt nichts. Er hatte die Kosten der von den Nationalsozialisten beschlossenen grossen Sparaktion zu zahlen.

So sieht die Tätigkeit der Nationalsozialisten in der Praxis aus. Sie spucken grosse Bogen in der Agitation über ihren revolutionären Tatendrang, aber in der Praxis entpuppen sie sich als stockreaktionäre Spiessbürger!

Er sucht eine deutsche Frau.  
-----

In der echt arischen nationalsozialistischen "Deutschen Zeitung" inseriert einer:

"Ich suche mir eine echt deutsche Frau aus ersten Land- oder Offizierskreisen Norddeutschlands. Auf eine Abstammung der Familie vom Lande lege ich besonderen Wert. Ausserdem ist erwünscht nordische Erscheinung, blondes Haar, blaue Augen, grosse schlanke Gestalt, Gesundheit, Alter 18 bis 24 Jahre, evangelisch, streng deutschbewusste nationale Gesinnung, vornehmer Wesen, Liebe zur Natur."

Warum telegraphiert der Mann nicht einfach an das Rasseamt im Braunen Haus in München: Schickt zur Erzielung echter Rasse garantiert reinrassige abgestempelte Zuchtstute.

Vom Hakenkreuzchristentum.  
-----

Das Christentum der Nationalsozialisten wird durch die folgende Zuschrift beleuchtet, die den volkshochkonservativen Stimmen aus einer kleinen Stadt zugegangen ist:

"Ich ging mit dem Führer der hiesigen Kommunisten, der in Zivil ein geschickter Glasbläser ist und von mir so gut weiss, dass ich konservativ bin, wie ich von ihm weiss, dass er Kommunist ist, durch den Ort. Ich hatte in diesem Fall mit ihm nicht einmal ein privates, sondern ein geschäftliches Gespräch. Der Führer der NSDAP, ein Pfarrer, stellt mich darob zur Rede (er ist erst seit einem Jahr am Ort, während meine Familie seit über 100 Jahren hier wohnt) und erklärte mir, dass ich derartigen Verkehr in Zukunft unterlassen müsse, wenn ich auf Beziehungen zu ihm weiteren Wert lege. Viele Menschen haben solchen Aufforderungen entsprochen, denn mit dem Pfarrer sich zu verfeinden, das kann sich schliesslich nicht jeder erlauben - dann lieber mit der eigenen Sippe, wenn es not tut."

Diese Sorte von Christentum, die sich da enthüllt, ist Hasspfaffenentum, das niemals das Wort verstanden hat: "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!"

Finsternis.  
-----

Ein nationalsozialistisches Blatt in Wien hat in ernsthaftester Form die Behauptung in die Welt gesetzt, die Ermordung des Kindes von Lindbergh sei durch Juden erfolgt, es handle sich um einen besonders raffinierten Ritualmord. Irrsinn? Nein, aber Verbrechen, das Verbrechen der Mordhetze zwischen den Rassen.

# Aus aller Welt

## Der Gelehrtenschreibtisch.

### Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Photographieren unmittelbar auf Holz erzeugte man im Botanischen Institut der Brünner Technischen Hochschule. Man kennt die graue, oft seiden-glänzende Farbe, die von natürlichem geglättetem Holz angenommen zu werden pflegt, wenn es der Einwirkung von Licht und Luft ausgesetzt ist. Die Gerbstoffreaktion, die jener Farbänderung zugrunde liegt, lässt sich photographisch verwenden. In Brünn bedeckte man trockenes, frisch gehobeltes, mit Glas-papier abgeriebenes Fichtenholz mit der Negativplatte und setzte sie vier bis sechs Stunden lang dem Sonnenlicht aus. Wurde dann eine Lösung von zwei bis vier cbmm Eisensulphat auf 200 cbcm destillierten Wassers mit einem Glasstäb-chen über die Holzfläche verteilt, so tauchte ein mattes Positiv auf. Trübem Licht wurde das Negativ noch einmal solange ausgesetzt. Wurde das Holz vor der Belichtung mit einem zersetzbaren Eisensalz bestrichen, so entwickelte sich nach mehrstündigem Aufliegen des Negativs das richtigfarbige Bild in feinen Tönen.

+

Den Einfluss der Nahrung auf das Wachstum der Zähne untersuchte ein eng-lischer Forscher, indem er Ratten auf verschiedene Weise fütterte und alle acht Tage die Grösse ihrer Schneidezähne mass. Eine an Salz und Phosphor arme Kost liess die Zähne in der Woche nur um 2,1 mm grösser werden, während sie bei nor-maler Ernährung um 2,7 mm, also erheblich mehr zunahmen. Der Versuch bestätig-te, dass, wie bei der stofflichen Zusammensetzung der Zähne von vornherein an-zunehmen war, verminderteter Kalkgehalt das Wachstum der Zähne ungünstig be-einflusst. Auch Grössenzunahme über das normale Mass hinaus konnte erzielt werden. Bei Fettkost wuchsen die Zähne um 3 mm, bei Eiweisskost um 3,2 mm und bei Kohlehydratreicher Kost um 3,5 mm.

+

Im Staatlichen Physikalischen Institut zu Berlin erprobt man einen neuen Apparat, mit dem man bis zu 7 Millionen Volt Spannung erzeugt. Die hierbei auf-tretenden Strahlen durchdringen bis 20 cm dicke Bleiplatten. Der Apparat könn-te in der Heilkunde, so bei der Krebsbehandlung, grosse Bedeutung gewinnen. Eine möglichst starke Spannung ist deshalb vorteilhaft, weil sie das kranke Körper-gewebe in möglichst kurzer Zeit zerstört und nicht so lange angewendet zu wer-den braucht, dass sie auch den gesunden Körperstellen schädlich wird. Schon mit einer Spannung von 2½ Millionen Volt wurden bisher Wirkungen erreicht, die de-nen von mehreren Kilogramm Radium gleichkamen. Man erinnere sich, dass die Phy-siker für die ganze Erde nur ein Vorkommen von 500 Gramm Radium errechnen. Gelänge es, die ungeheuerere Spannung von 7 Millionen Volt in die Heilkunde ein-zuführen, so wäre der Behandlungsgewinn nicht auszudenken. Vorläufig sind wir freilich noch nicht so weit.

+

Das Volk weiss, dass Wunden im Frühjahr leichter heilen als im Winter oder Sommer. Die Tatsache wird durch die von Professor Dr. B. Breitner neuerdings gewonnene Einsicht in den Jodgehalt des Blutes zu den verschiedenen Jahres-zeiten bestätigt. Wird doch durch Jod die Wundheilung begünstigt. Das für den Jodhaushalt des Körpers verantwortliche Organ ist die Schilddrüse. Breit-ner untersuchte das im Körper von annähernd fünfzig Schilddrüsenkranken ent-

haltene Jod. Er fand davon im Sommer durchschnittlich nur etwa halbsoviel wie im Frühjahr, aber auch im Winter nur etwas weniger als im Frühjahr. In dieser Jahreszeit enthält das Blut jedenfalls die grösste Menge des lebenswichtigen Stoffes. Der Grund hierfür ist nicht ganz klar. Den Anstieg des Jods im Blut hat man vielleicht auf eine noch wenig erforschte, jahreszeitgebundene Periodizität der Lebensvorgänge zurückzuführen. Sie äussert sich auch in der Tatsache, dass die Schilddrüsenleiden, vor allem die Basedow-Krankheit, im Mai häufiger aufzutreten pflegen. Spricht man doch geradezu vom Mai als dem "Basedow-Monat".

S.J-y.

+ + +  
Neger als Weltmeister. Auf der Olympiade in Los Angeles lief der USA-Neger Tolan 100 Meter in 10,3 Sekunden. Zweiter Sieger im Hundertmeter-Lauf wurde ebenfalls ein Neger (Metcalf); dritter wurde der Deutsche Jonath. Im Hammerwerfen und im Vierhundertmeter-Hürdenlaufen holte sich Irland zwei goldene Medaillen.

+ + +  
Zwei Theater geschlossen. Auf baupolizeiliche Veranlassung muss in Berlin das Lessing-Theater und das Theater des Westens vorläufig geschlossen werden. Beide Theater weisen seit Jahren zahlreiche bauliche Mängel auf. Die verantwortliche Direktion Rotter soll wiederholt auf die Gefährdung des Publikums aufmerksam gemacht worden sein, jedoch nichts getan haben, um die beanstandeten Mängel zu beseitigen.

+ + +  
Erfindertragödie. In einem Wiener Spital verstarb, 33 Jahre alt, der Wiener Ingenieur und Erfinder Emil Marek. Marek war durch einen Versicherungsprozess weltberühmt geworden: er hatte sich bei der Arbeit an einer elektrodynamischen Puppe mit einem Beil einen Fuss abgehackt; als er bei der Versicherung Ansprüche geltend machte, wurde er der Selbstverstümmelung und des Betruges bezichtigt, jedoch später vom Gericht freigesprochen. Das Geld, das die Versicherung an Marek auszahlte, ging verloren: an die Anwälte, bei Elektrifizierungsarbeiten in Algier, bei der Finanzierung eines Obststandes auf dem Marktplatz in der Wiener Neustadt... Marek starb in tiefster Armut. Er hinterlässt eine Frau und zwei kleine Kinder.

+ + +  
Flugzeugkatastrophe. In Doncaster (England) stürzte ein Flugzeug ab. Zwei Personen wurden getötet, zwei schwer verletzt.

+ + +  
Mord mit Diamanten. In Nantes (Frankreich) wurde eine an furchtbaren Magenkrämpfen leidende Dame ins Krankenhaus eingeliefert. Bei der Untersuchung des Magens fand man eine grosse Anzahl kleiner Diamantsplitter. Es stellte sich heraus, dass die Hausangestellte der Patientin ihre Dienstherrin zu ermorden versucht hatte, indem sie ihr Diamantsplitter ins Essen mischte. Als Motiv der Tat gab die Mörderin Rache suchte an; sie sei schlecht behandelt worden. Den Rat zur gewählten Tötungsart habe ihr eine Zigeunerin erteilt, die ihr gesagt haben soll, dass die Splitter die Magen- und Darmwände zerschneiden und auf diese Weise den Tod durch innere Verblutung herbeiführen. Es ist fraglich, ob die Patientin am Leben erhalten werden kann.

+ + +  
Verkehrskatastrophe. Zwischen Berent und Karthaus (polnischer Korridor) stiess ein mit 15 Personen besetzter Autobus gegen einen Chausséestein; er wurde dann gegen einen Baum geschleudert. Der Autobus wurde zertrümmert. Vier Personen erlitten schwere, elf leichte Verletzungen.

+ + +  
Explosion. Bei einer Laboratoriumsexplosion in Ilmenau (Thüringen) wurde ein Ingenieur getötet, seine Frau schwer verletzt.

Explosion im Oelwerk. Ein Wellblechgebäude der Trockenabteilung der Oxydo-Gesellschaft in Emmerich/Rheinland ist in die Luft geflogen. Zwei Arbeiter wurden getötet und bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt. In den angrenzenden Strassen wurden mehrere Personen durch Glassplitter und Eisenteile verletzt; auch sind zahlreiche Dächer abgedeckt und Fensterscheiben eingedrückt worden.

Mittenwaldbahn verschüttet. In der Nähe von Innsbruck kam es infolge heftiger Gewitter zu mehreren Erdrutschen. Bei Giessenbach wurde die Strecke der Mittenwaldbahn auf 200 m Länge verschüttet. Ein Bahnzug fuhr in die Erdmassen hinein und blieb stecken.

Unterschlagungen im "A.A." Im Berliner Auswärtigen Amt wurden zwei Beamte unter der Beschuldigung im Laufe der letzten acht Jahre 42 000 Mark unterschlagen zu haben, festgenommen. Die beschuldigten Beamten arbeiten im Verkehrsbüro des Auswärtigen Amts. Dieses Büro ist beauftragt, die Fahrkarten für die jeweiligen Auslandsfahrten der Beamten des A.A. beim Mitteleuropäischen Reisebüro zu besorgen. Die notwendigen Gelder gab die Legationskasse; die Weiterleitung hatten die beschuldigten Beamten zu besorgen. Sie behielten jedoch die Beträge für sich und entschuldigten sich dem Reisebüro gegenüber mit der Langschwierigkeit der Abrechnungen mit der Legationskasse. Das Reisebüro hat die fehlenden Gelder nicht angemahnt, weil es das Auswärtige Amt für kreditwürdig hielt. Infolgedessen kamen die Verfehlungen erst jetzt bei einer Kassenrevision ans Tageslicht.

Wie gleichzeitig bekannt wird, hat ein bisher in Chicago tätiger Konsulatssekretär ihm von der deutschen Kolonie anvertraute Mündelgelder in Höhe von mehreren tausend Mark unterschlagen.

In die Stratosphäre! Professor Piccard ist von Brüssel nach Zürich abgereist. Er hofft bereits Ende dieser Woche seinen Stratosphärenaufstieg ausführen zu können. Der neue Aufstieg dient in erster Linie der Erforschung der Ultrastrahlen. Ein Höhenrekord ist nicht beabsichtigt.

Opfer der Strasse. Am Dienstag-Nachmittag wurde bei einem Autozusammenstoss in Berlin W. eine Frau getötet; zwei Personen erlitten schwere Verletzungen.

Van Gogh-Denkmal. In Nuenen (Holland, Nordbrabant) wurde aus Anlass des 42. Todestages des grossen niederländischen Malers van Gogh das erste Vincent van Gogh-Denkmal enthüllt. Van Gogh lebte in Nuenen vom Dezember 1883 bis zum November 1885.

Ein Urnenfeld. Bei Treppendorf (Niederlausitz) wird zurzeit im Auftrag der brandenburgischen Provinzialverwaltung ein aus der dritten Periode der Bronzezeit (1200 bis 1000 v. Chr.) stammendes Urnenfeld freigelegt.

Furchtbarer Kindesmord. In Szilvasvared (Ungarn) hat ein junges Mädchen ihr neu geborenes Kind getötet und aus dem Körper Gulasch gekocht. Die Mörderin stellte sich der Polizei. Die Täterin wurde zur Untersuchung ihres Geisteszustandes in eine Irrenanstalt eingeliefert.

Unwetter über London. Ueber London gingen aussergewöhnlich schwere Gewitter nieder. Infolge Ueberschwemmung zahlreicher Strassenzüge wurde der Verkehr vollkommen unterbunden. Ein Passant wurde vom Blitz erschlagen.

-----





## Marsch der Farmer?

Von unserem nordamerikanischen Mitarbeiter.

SPD. New York, Juli 1932.

Königin Baumwolle kann ihre Vasallen nicht mehr ernähren und demnächst wird wohl Europa von dem Marsch der Baumwollfarmer nach Washington lesen. Der Marsch der amerikanischen Veteranen war eine Tragödie der Arbeitslosigkeit überhaupt. Bei dem Marsch der Baumwollfarmer wird es sich um eine Spezialtragödie handeln. Um eine Tragödie des nordamerikanischen Landarbeiterproletariats.

Man muss sich wundern, wie wenig Europa von diesen Dingen weiss: Nirgends in der Welt hat sich die Agrarkrise so fürchterlich ausgeprägt wie in Nordamerika. Die Lage in anderen Agrarbezirken z.B. die Lage der deutschen Landwirtschaft möchte man, verglichen mit den Zuständen in der nordamerikanischen Landwirtschaft, noch als sehr, sehr erträglich bezeichnen. In Amerika kennt man auch nicht das System der Fürsorge. Alles ist dort auf die private Mildtätigkeit eingestellt. Bei den reichen Leuten ist es aber so, dass sie wohl in guten Zeiten ihr Scherflein geben. Werden die Zeiten schlecht, dann versiegt die Mildtätigkeit der Reichen. Werden die Zeiten aber katastrophal, wie jetzt, dann hört private Mildtätigkeit überhaupt auf. Man hat gerade in Deutschland das amerikanische System der privaten Mildtätigkeit gegenüber dem deutschen System der Sozialfürsorge in alle Himmel gehoben. Es wird den Deutschen immer wieder empfohlen, Heute kann man wohl feststellen, dass das amerikanische System zusammengebrochen ist, während das deutsche System wenigstens das Schlimmste verhütet. Der deutsche Arbeiter kann nur gewarnt werden, sich auf die Bahn des amerikanischen Systems drängen zu lassen.

Wie sie alle dort in Nordamerika sind, Pflanzner, Eigentümer und Pächter, machen die schlimmste Krisenzeit seit dem Sklavenkrieg durch. An sich liegt der Baumwollproduktion ein verwickeltes Wirtschaftssystem zugrunde. Da sind zunächst die Eigentümer von Pflanzungen. Die meisten von ihnen sind Zwergbesitzer, die ihr Gelände allein oder höchstens mit Hilfe eines Tagelöhners kultivieren. Viele Eigentümer besitzen jedoch grosse Pflanzungen. Sie bebauen sie nicht selbst, sondern verpachten sie. Diese Pächter sind die zweite Kategorie im System der amerikanischen Baumwollwirtschaft. Sie zahlen eine jährliche Pacht und erhalten von dem Eigentümer gewisse Betriebszuschüsse. Maschinen, Werkzeuge und Maulesel sind meistens Eigentum der Pächter, was sie in der Hierarchie der Baumwollwirtschaft um eine Stufe höher als die sogenannten Cropper rangieren lässt.

Der "Cropper", der proletarisierte landwirtschaftliche Pächter, besitzt nichts als seine Arbeitskraft und die seiner Familie. Im allgemeinen gehört er der Negerasse an. Im Süden der Vereinigten Staaten, von den Bergen Georgias bis zum Mississippi, gibt es Hunderttausende von diesen Landproletariern. Der Verpächter leiht dem Cropper einen Maulesel und die nötigen Werkzeuge. Er stellt ihm die Aussaat zur Verfügung und weist ihm eine Baracke als Wohnung an. Während des Frühjahrs und des Sommers ist er gezwungen, von Vorschüssen zu leben. Nach der Ernte erfolgt die Verrechnung in folgender Weise: Vom erzielten Verkaufspreis behält der Verpächter die Hälfte. Den anderen Teil erhält

der Verpächter die Hälfte. Den anderen Teil erhält der Cropper ausbezahlt. Ein typischer Fall sei aus dem Staate Georgia herausgegriffen. Die Ernte eines Verpächters von 200 Ackern Land erbrachte 471 Dollar 60 Cent. Davon erhielt der Cropper die Hälfte, also 235 Dollar 80 Cent, von der er ein ganzes Jahr mit seiner Frau und seinen fünf Kindern leben sollte. In Wirklichkeit war die Summe bereits zum grössten Teile in Vorschüssen erschöpft. Heute gehen die Kinder fast nackt, die Eltern in Lumpen.

Trotzdem stehen die Cropper noch nicht einmal auf der tiefsten Stufe dieses Wirtschaftssystems. Noch schlimmer daran als sie sind die Tagelöhner, auch meistens Schwarze, die im Akkord bezahlt werden. In Georgia bezahlt man 20 Cent, das sind 80 Pfennig, für das Pflücken von einem Zentner Baumwolle. Am Tage kann ein kräftiger Mann 150 bis 200 Pfund einern. 250 Pfund oder 3 Centner gehen schon über menschliche Kräfte. Die Einnahme eines Tagelöhners beläuft sich also durchschnittlich pro Tag auf allerhöchstens 2 Mark, wobei nicht zu vergessen ist, dass es sich um Saisonarbeit handelt. Sonst sind die schwarzen Tagelöhner erwerbslos und, da in Amerika keine Unterstützung gezahlt wird, sind sie dem unglaublichsten Elend preisgegeben. In den Staaten Mississippi, Louisiana und Texas sind die Akkordlöhne für Tagelöhner etwas höher. Man erhält hier 40 bis 50 Cent für das Pflücken eines Zentners Baumwolle. Die Lebenskosten sind dafür in diesen Gegenden verhältnismässig höher.

Ganz schlimm ist es nun im Jahre 1932 geworden. Einmal hat man die Pflanzung für Baumwolle begrenzt. Alle Pflanzler, besonders im Süden, sind in höchster Aufregung. Was soll man tun? Soll man, wie das Brasilien tut, Kaffee ins Meer werfen und Getreide verbrennen? Man propagiert den Gedanken, die Baumwollfelder in diesem Jahr überhaupt nicht abzuernten. Das erscheint den Farmern wie wüster Unsinn. Und man kann mit allem rechnen, wenn die nordamerikanische Regierung sich anschickt, diese Pläne durchzuführen.

Auf den Rat landwirtschaftlicher Autoritäten haben viele amerikanischen Baumwollpflanzler schon im vergangenen Jahre einen Ausweg gesucht. Sie bebauten nur noch einen Teil ihres Landes mit Baumwolle und zogen für den Rest Gemüse- und Obstbau heran. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass der Verkauf von Obst und Gemüse wegen der weiten Entfernung der Märkte und auch wegen der Ueberproduktion mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist. Im vorigen Herbst sind die Pfirsiche buchstäblich verfault und in New York fanden sich noch nicht einmal Leute, die sie geschenkt haben wollten. Jedoch wurde durch den teilweisen Anbau von Gemüse wenigstens verhindert, dass die proletarischen Bewohner des Südens Hungers starben. Viele Tagelöhner haben auch das Land verlassen und überschwemmen die Städte, in denen man damit rechnen kann, vielleicht hin und wieder eine warme Suppe zu erhalten. Nun laufen Steckbriefe hinter diesen schwarzen Tagelöhnern. Sie haben im vorigen Jahr vom Pflanzungsbesitzer Vorschüsse erhalten. Da der Verdienst oft gleich Null war, konnten sie die Schuld nicht begleichen. Das Vorschussystem stellt einen der schlimmsten Schäden dar. Manche Pflanzler wünschen offen die Zeiten der Sklaverei zurück.

Nun will man nach Washington ziehen!!

---

#### Buttermarkt.

---

SPD. Berliner Butterpreise vom 2. August, amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 108, II. 98, abfallende Sorten 91 RM. Tendenz: stetig.

---

## Berliner Viehmarkt.

(2. August)

SPD. Die starken Preisbesserungen dürften durchweg auf nicht genügen= der Beschickung der Märkte beruhen. So wird die Zufuhr auf dem Schweinemarkt für Dienstag mit etwa 7 500 Schweinen angegeben gegenüber 10 bis 11 000 Tieren an normalen Tagen. Die dringenden Erntearbeiten scheinen die Parole zu stützen, die Märkte gegenwärtig nicht allzu stark zu beschicken, um zu verhüten, dass die Schlachtsteuer auf die Viehzüchter abgewälzt wird. Besonders auffallend gross sind die Preissteigerungen auf dem Schweinemarkt. Die Lage wird dadurch charakterisiert, dass sich die Preisaufbesserungen bei durchaus ruhigem Geschäft vollzogen. Die übrigen Märkte, Rinder=, Kälber= und Hammel=markt, waren zu wenig beschickt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 46 - 48 (42-44), b) (240-300 Pfund) 47 - 48 (42-44), c) (200-240 Pfund) 47 - 48 (42-43) d) (160 -200 Pfd) 44 - 46 (38-41), e) (120-160 Pfd.) 40-43 (33-37), Sauen 41-43 (37-39) Schafe: a) 39-40 (36-37), d) 36-38 (33-35), c) 32-35 (28-32), d) 23-30 (16-26). Kälber: b) 43-50 (35-44), c) 35-45 (30-38), d) 23-33 (20-28). Kühe: a) 26-27 (25-27), b) 22-24 (20-23), c) 16-20 (16-19), d) 11-15 (11-14).

SPD. Die Reichsregierung hat dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat einen umfangreichen Entwurf für die Reform des Aktienrechtes zugeleitet, deren Dringlichkeit durch die täglichen Wirtschaftsskandale unterstrichen wird. Der Entwurf beruht noch auf Arbeiten des Kabinetts Brüning. Gegenüber dem gegenwärtigen Recht stellt er zweifellos einen Fortschritt dar. Leider trägt er aber der Forderung nach einer genügenden Kontrolle der privaten Wirtschaft, die Wirtschaftsskandale in dem Ausmass, wie wir sie in den letzten beiden Jahren kennengelernt haben, wirklich verhindern könnte, nicht genügend Rechnung. Man muss auch befürchten, dass man unter dem gegenwärtigen politischen Kurs jede Gelegenheit wahrnehmen wird, Brauchbares an diesem Entwurf zu sabotieren. Man tut also klug, seine Hoffnungen auf eine Aktienrechtsreform nicht allzu hoch zu spannen.

SPD. Die gegenwärtige Regierung betreibt eine Kraftstoffpolitik, die vor allem die grossen heimischen Erzeuger, den Farbentrust, die Schwerindustrie und die grossagraren Brennerien, begünstigt. Die Lasten dieser Politik tragen Staat und Verbraucher. Daraus resultiert die ungeheure Belastung des Benzins in Deutschland. In Amerika ist jedes Kraftfahrzeug mit einer Benzinzsteuer von etwa 80 Mark belegt. In Deutschland hat jedes Kraftfahrzeug an Treibstoffabgaben aller Art jedoch 400 Mark pro Jahr aufzubringen.

Interessant ist, wie sich die höhere Belastung in Deutschland und die niedrigere Belastung in Amerika auswirkt. Auf den Rückgang im deutschen Kraftverkehr braucht in diesem Zusammenhang nur verwiesen zu werden. Ueber= raschen wird dagegen die Tatsache, dass sich der amerikanische Benzinverbrauch im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % gesteigert hat und zwar hängt die Steigerung mit der Höhe des Benzinsteuersatzes zusammen. Die nord= amerikanischen Bundesstaaten, die eine niedrige Benzinsteuer erheben, haben eine Zunahme des Benzinverbrauchs und damit eine Zunahme des Kraftverkehrs und des Steuereinkommens zu verzeichnen. In Californien und Pennsylvanien z.B. beträgt der Steuersatz je Gallone Benzin 3 Cents. Hier liegt eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1930 um 14,3 und 16,5 % vor. Oklahoma erhebt dagegen einen Steuersatz von 5 Cents. Der Benzinverbrauch hat in Oklahoma um 16,5 % abgenommen.

Etwas fester.

(Berliner Getreidebörse vom 2. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte sich am Dienstag eine etwas festere Stimmung für Roggen durchsetzen. Die Nachfrage nach prompter Ware ist stärker geworden, zumal sich mehr Bedarf an Roggenmehl zeigt. Da die Landwirtschaft mit ihren Offerten sehr zurückhält, gingen die Preise in die Höhe. Für Weizen war die Lage unverändert. Kleines Angebot stand auch nur geringer Nachfrage gegenüber, zumal das Mehlgeschäft und der Export sich weiter sehr ruhig gestalten. Der Lokopreis für Weizen stieg gleichfalls um eine Mark. Am Mehlmarkt war der Absatz in promptem Mehl einigermaßen zufriedenstellend, während die späteren Sichten weiter sehr ruhig blieben. Hafer hatte ruhiges Geschäft bei stetiger Tendenz. Am Gerstenmarkt fanden nur feine Qualitäten Beachtung.

	1. Aug.	2. Aug.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	218 - 220	219 - 221
Roggen	158 - 160	159 - 161
Futter- und Industriegerste	159 - 171	159 - 171
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	28,75 - 33,25	28,75 - 33,25
Roggenmehl	23,50 - 25,75	23,00 - 25,50
Roggenkleie	10,25 - 10,50	10,00 - 10,25
Weizenkleie	11,50 - 11,80	11,25 - 11,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 226½ - 227 (Vortag 226½), Oktober 227 - 226½ (227), Dezember 228 (228), Roggen September 173½ - 174½ (172½), Oktober 174½ - 175½ (173), Dezember 177½ - 178½ (177), Hafer September 147 - 147½ Geld, Dezember bis 152.

#### Rauhfutternotierungen.

(2. August.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	..... R#	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh	..... R#	-
" " Haferstroh	..... R#	-
" " Gerstenstroh neu	..... R#	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt neu	..... R#	0,70 - 1,10
Bindfadengepresstes Roggenstroh neu	..... R#	0,65 - 0,75
" " Weizenstroh	..... R#	-
Häcksel alt	..... R#	1,50 - 1,80
Gutes Heu, gesund und trocken neu	..... R#	1,60 - 1,90
Luzerne, lose	..... R#	1,90 - 2,30
Thymothee, lose	..... R#	2,00 - 2,40
Kleeheu, lose	..... R#	2,00 - 2,30
Drahtgepresstes Heu	..... R#	0,40 über No=

tiß.

Tendenz stetig.



Herunter mit der Arbeitszeit!

Italien auf der Seite der Gewerkschaften.

SPD. Der italienische Vertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes Dr. Michelis hat an den Präsidenten des Verwaltungsrates das Ersuchen gerichtet, so rasch wie möglich zur Verkürzung der Arbeitszeit zum Zweck der Arbeitsmarktentlastung einen Schritt zu unternehmen. Michelis beantragte, die Frage einer internationalen Verkürzung der Arbeitszeit auf schnellstem Wege durch die internationale Arbeitsorganisation prüfen zu lassen, damit sofort die notwendigen Massnahmen zur Arbeitszeitverkürzung getroffen werden könnten. Michelis empfiehlt ein beschleunigtes Verfahren, d.h. eine frühere Einberufung des Verwaltungsrates oder die Veranstaltung einer Sonderkonferenz des Verwaltungsrates, die sich lediglich mit der Arbeitszeitverkürzungsfrage zu beschäftigen hätte.

Der Präsident des Verwaltungsrates hat die Ratsmitglieder von dem italienischen Vorschlag verständigt und an sie die Frage gerichtet, ob die nächste Verwaltungsratssitzung eventuell auf den 19. September vorverlegt werden soll.

Der von Italien kommende Vorstoss in der Arbeitszeitfrage ist nur zu begrüßen. Der Ruf des italienischen Faschismus nach einer internationalen Lösung der Arbeitszeitverkürzungsfrage ist ein schlagender Beweis dafür, dass die Gewerkschaften mit ihrer seit Jahr und Tag verfochtenen Forderung, das Arbeitslosenproblem auch von der Arbeitszeitverkürzung her und zwar auch in internationalem Masstab anzupacken, durchaus auf dem richtigen Wege waren. Wenn jetzt ein Land wie Italien, wo der Faschismus herrscht - allerdings ein Faschismus, der tausendmal klüger geführt wird als der deutsche Hitlerismus, der ja nichts anderes ist und sein will als der Büttel sozialreaktionärer Scharfmacher - von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite aus die internationale Arbeitszeitverkürzung gefordert wird, so ist das kein bedeutungsloser Vorgang. Die Arbeitszeitverkürzungsfrage wurde in Italien durch das - von uns seinerzeit ausführlich besprochene - Interview aufgerollt, das Senator Agnelli der Herr der Fiatwerke in Turin, also einer der einflussreichsten italienischen Industriellen, einer amerikanischen Agentur gegeben hat. Agnelli geht von dem - auch von dem verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas oft verfochtenen richtigen Gedanken aus, dass durch die gegenwärtige Krise der ganze Wirtschaftsaufbau der Welt in seinen Grundfesten erschüttert worden ist und dass man nicht wie bei früheren Krisen des kapitalistischen Systems das Ende eines natürlichen und infolgedessen begreiflich langsamen Leidensweges abwarten könne. Diesmal führe der Leidensweg bei weiterem Abwarten nicht zur Genesung sondern zur Katastrophe. Es gebe nur eine einzige schnelle Lösung: Erhöhung der Konsumkraft dadurch, dass man die Arbeitslosen wieder in Arbeit bringe. Das sei aber nur möglich, wenn die Arbeitszeit radikal herabgesetzt und voller Lohnausgleich geschaffen werde. Man müsse von der Achtundvierzigstunden-Arbeitswoche zu der von Sechsendreissig Stunden und nötigenfalls zu der von Zweiunddreissig Stunden übergehen, der Lohn aber müsse der gleiche bleiben wie der bei achtundvierzig Stunden. Die Krise komme nicht von Mangel an Kapital, sondern von Mangel an Konsum. Der

Einwand der Unternehmer, dass dann auch die Preise für alle Konsumartikel gefährlich ansteigen müssten, sei nicht stichhaltig; denn noch bestehe die bekannte Tatsache zurecht, dass der Lohn auf den allermeisten Fabrikationsgebieten nur einen geringen Bruchteil der Herstellungskosten bildet. Die Herstellungskosten und damit die Preise brauchten also keineswegs in gleichem Verhältnis zu steigen wie die Löhne. Auch könne in einer Krisenzeit wie der gegenwärtigen der Produktionsgewinn, d.h. der Nutzen an der Ware verringert werden, damit der Umsatz und damit der Gesamtnutzen steige.

Der Korporationsrat in Italien hat sich vor kurzem ebenfalls mit der Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung befasst. Er nahm eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterstützte Entschliessung an, worin gesagt wird, dass die Frage der Möglichkeit einer zwangsläufigen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich in allen Betrieben und Verwaltungen so schnell als möglich geprüft werden solle, damit auch internationale Vereinbarungen dieser Art abgeschlossen werden können.

In Deutschland haben wir das Kabinett der Hitler-Barone. Bis jetzt hat man aber nichts davon gehört, dass dieses Kabinett in der Arbeitszeitverkürzungsfrage irgend eine ernsthafte Anstrengung unternommen hätte. Besondere Kurzarbeitsausschüsse bei den Landesarbeitsämtern sollen auf Arbeitsstreckung in einzelnen Gewerbezweigen und -betrieben hinwirken. Diese Ausschüsse, in denen die Gewerkschaften natürlich mitarbeiten, bedeuten praktisch so gut wie gar nichts, aber auch das war unserer Rechtspresse noch zu viel Sozialpolitik und sie hat daher auch noch gegen die Empfehlung der Kurzarbeitsausschüsse durch den Reichsarbeitsminister Krach geschlagen. Von der Reichsregierung ist daher in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Entlastung des Arbeitsmarktes nichts zu erwarten, nicht zuletzt deswegen, weil der Horizont der Hitlerbewegung nur der Horizont eines Kasernenhofs ist.

-----

SPD. Die Arbeitgeberverbände der Schuhindustrie haben den Reichstarifvertrag zum 30. September gekündigt. Also schon wieder eine Beunruhigung der Schuhindustrie. Nach der Vereinbarung der Parteien in der Lohnfrage, die Mitte Juli zustande kam und den Lohnvertrag wieder in Kraft setzte, dürfte man von den Arbeitgebern etwas mehr Zurückhaltung erwarten. Statt dessen wird von ihnen nun schon wieder ein Tarifkonflikt heraufbeschworen. Wenn die Forderungen der Arbeitgeber auch zur Zeit noch nicht bekannt sind, so deuten doch Äusserungen aus ihrem Lager darauf hin, dass wesentliche Verschlechterungen der Vertragsbestimmungen beabsichtigt sind. Die Schuhindustriellen können aber kaum darüber im unklaren sein, dass die Schuharbeiter weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht widerstandslos hinnehmen.

Die Haltung der Arbeitgeber steht in offenkundigem Widerspruch zu ihrer wiederholt abgegebenen Versicherung, dass sie den ernststen Willen hätten, den Reichstarifvertrag der Schuhindustrie auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten.

-----

SPD. Die Ausführungsbestimmungen zum Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den nächsten Tagen, vielleicht schon am Mittwoch, herauskommen. Einige Blätter bringen bereits Angaben über den Inhalt der Ausführungsbestimmungen. In diesen Angaben wird jedoch Richtiges mit Falschem vermischt. Eine Stellungnahme ist erst möglich, wenn der genaue Wortlaut vorliegt.

-----



SPD. Der dänische Handels- und Büroangestelltenverband beschloss mit 213 gegen 15 Stimmen seinen Beitritt zum Allgemeinen dänischen Gewerkschaftsbund. Der Verband zählt 17 000 Mitglieder.

SPD. Der frühere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell ist von dem Schlichterposten für Berlin-Brandenburg enthoben worden. Seine Kündigung hat auch in christlichen Gewerkschaftskreisen alarmierend gewirkt.

Der "Deutsche", die Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften schreibt die Bedeutung der Kündigung Wissells lasse sich zwar im Augenblick noch nicht übersehen, der ganze Vorgang verdiene jedoch grösste Aufmerksamkeit. Vielleicht sei die Kündigung eine Konzession an jene Leute, die lediglich einen Feldzug gegen die Posten der marxistischen Bonzen nur deshalb führen, weil sie selbst sprungbereite Anwärter seien. Vielleicht sei die Kündigung aber auch der erste offene Schritt zur Aenderung des Kurses der staatlichen Schlichtungsinstanzen im Sinne der zur traurigen Berühmtheit gelangten Regierungserklärung und einiger Reden von Regierungsvertretern. Oder solle die Kündigung gar der Beginn des Abbaus des Schlichtungswesens überhaupt sein?

"Auch der politische Gegner", betont der "Deutsche", "muss anerkennen, dass Wissell ein sozial gesinnter, ehrlich um den Fortschritt der Arbeitnehmer ringender Mann ist. Vielleicht genügte diese Tatsache zur Kündigung eines Mannes, der auch als Schlichter ein starkes Streben nach einer unparteilichen Amtsführung erkennen liess, obschon er sich damit nicht selten in Gegensatz zu seiner parteipolitischen Gefolgschaft setzte." -

Richtig. Wissell ist Sozialdemokrat, und das genügt für die neuen Herren, um ihn aus dem Schlichteramte zu verjagen.

SPD. Der Deutsche Lederarbeiterverband hält diese Woche in Frankfurt a. Main seinen Verbandstag ab. Der Verband kann im August dieses Jahres auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Der Verbandstag stellt also eine Jubiläumstagung dar.

Die Organisation, die sich aus den früheren Einzel-Verbänden der Weissgerber, Lohgerber und Handschuhmacher zusammensetzt, ist, wie aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Mahler hervorgeht, festgefügt und unzerstörbar. Am Jahresschluss 1931 musterte der Verband 31 426 (24 868 männliche und 6 558 weibliche) Mitglieder. Ende 1930 betrug die Mitgliederzahl 34 236. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren das ganze Jahr über ausserordentlich gross. Im Monatsdurchschnitt gab es in der Loh- und Chromgerberei 7 000 Arbeitslose gleich 21 Prozent und 13 700 Kurzarbeiter gleich 41 Prozent; in der Weissgerberei, Sämschgerberei und Lederfärberei 1 310 Arbeitslose (37,5 Prozent) und 458 Kurzarbeiter (12,5 Prozent); in der Lederhandschuhindustrie 1 160 Arbeitslose (23,6 Prozent) und 580 Kurzarbeiter gleich 12,3 Prozent der von den monatlichen Erhebungen erfassten Personen. Die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Branchengruppen ist teils durch völlige Stilllegung, teils durch Produktionseinschränkung scharf zurückgegangen. Zu dem Absinken der Kaufkraft infolge des unsinnigen Lohnabbaus kam noch die Drosselung des deutschen Exports, unter dem die Leder- und Handschuhindustrie ganz besonders leidet.